

Medienmitteilung 7. September 2018

Neu definierter Berufsauftrag ungenügend – zwei Drittel der Lehrpersonen müssen Überstunden machen

Der seit August 2017 gültige neu definierte Berufsauftrag für die Lehrpersonen und therapeutisch tätigen Fachpersonen an der Zürcher Volksschule weist eklatante Schwächen auf. Dies bestätigen die Resultate einer Umfrage der Verbände SekZH, VPOD, ZLV, zbl, VZL DaZ und Psychomotorik Zürich (PMZH). Rund 60% der Lehrpersonen müssen Überstunden machen, weil die für eine Jahreslektion eingerechneten 58 Arbeitsstunden nicht ausreichen. Hier braucht es eine Aufstockung. Die Umfrage zeigt zudem weitere Schwachpunkte des Berufsauftrags auf.

An der Umfrage der Verbände SekZH, VPOD, ZLV, zbl, VZL DaZ und PMZH im Juli 2018 nahm fast ein Viertel aller an den Zürcher Schulen tätigen Lehrpersonen und therapeutisch tätigen Fachpersonen teil. Die Resultate dokumentieren wie bereits die erste, im Januar 2018 publizierte Umfrage zum selben Thema, die Schwächen des neu definierten Berufsauftrags (nBA). Zusätzlich liegen nun detaillierte Zahlen zur zeitlichen Überlastung der Lehrpersonen vor. Hinzu kommt, dass der nBA vor zeitlicher Überlastung schützen sollte, von vielen Lehrpersonen aber als Zusatzaufwand erlebt wird. Dies zeigen die 1000 grösstenteils kritischen Kommentare.

Die Rechnung geht nicht auf

Die Schlüsselerkenntnis aus der zweiten Umfrage betrifft den Arbeitszeitfaktor von 58 Arbeitsstunden, die für eine Jahreslektion Unterricht eingerechnet werden. Bei rund 60% der Lehrpersonen, die ihre Zeit aufgeschrieben haben, reichen die mit diesem Faktor errechneten Stunden nicht aus, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Mit anderen Worten: Sie leisten Überzeit. Noch krasser sieht es bei den Klassenlehrpersonen aus. Diesen werden für ihre Zusatzfunktion als Verantwortliche einer Klasse pro Jahr 100 Stunden zugestanden. 800 der rund 1000 antwortenden Klassenlehrpersonen geben nun nach einem Jahr mit dem nBA an, dass ihnen dieses Zeitgut haben nicht gereicht hat und sie Überstunden leisten müssen. In beiden Bereichen sind daher zusätzliche Zeitressourcen notwendig. Lehrpersonen brauchen für einen qualitativ hochstehenden Unterricht genügend Zeit, um diesen vorzubereiten, zu halten und nachzubereiten. Mehr Zeit muss auch für den Bereich Zusammenarbeit eingeplant werden. Die hohen Ansprüche an die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler und an die Integration von Kindern aller Leistungsklassen führen zu einem hohen Koordinationsaufwand, der viel Zeit beansprucht.

Neben langjährigen Lehrpersonen haben auch 300 Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger an der Umfrage teilgenommen. Für sie gilt in den ersten zwei Berufsjahren ein höherer Faktor von 59,5 Stunden pro Jahreslektion. Dass dieser bei über 40% der jungen Kolleginnen und Kollegen nicht zur Anwendung kommt, befremdet sehr.

Unakzeptabler Schlendrian im Personalwesen

Eine weitere Erkenntnis aus der Umfrage ist, dass der Alltag der Lehrpersonen weiterhin zu stark durch Sitzungen und administrative Arbeiten belastet ist. Die Schulleitungen sind aufgefordert, in diesem Bereich eigenverantwortlich schlankere Lösungen zu realisieren. Weiter fällt auf, dass Behörden und Schulleitungen trotz klarer Hinweise aus der ersten Umfrage der Verbände wiederum häufig wichtige arbeitsrechtliche Termine nicht eingehalten haben. So kamen Vertragsänderungen und Angaben zu den Anstellungsprozentsen mehrheitlich zu spät.

Der Kanton hat den Schulleitungen bewusst mehr Handlungsspielraum gewährt, dies führt nun vielerorts zu einer willkürlichen Umsetzung. Dies zeigt sich durch die sehr grossen Unterschiede in der Anwendung und Ausgestaltung des Berufsauftrages in den einzelnen Schulen.

Für Empörung und Unzufriedenheit bei den Lehrpersonen sorgt auch die unflexible Radikallösung ohne Übergangsmassnahmen bei der Altersentlastung. Es hat sich im ersten Jahr unter dem nBA gezeigt, dass viele Lehrpersonen ab 57 Jahren empfindliche Lohneinbussen hinnehmen mussten oder aber ihr Pensum wieder aufstocken mussten, um dies zu verhindern.

Bildungspolitik muss handeln

Die Verbände werden die Resultate der zweiten Umfrage der Bildungsdirektion und den politischen Parteien präsentieren – zusammen mit den Forderungen für Änderungen am neu definierten Berufsauftrag. Die Verbände verlangen vom Regierungsrat und dem Kantonsrat, dass sie ihre Verantwortung für verträgliche Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen und für die Qualität der Volksschule wahrnehmen. Zu diesem Zweck laden die Verbände am Mittwoch, 3. Oktober 2018 zum bildungspolitischen Podium ein, wo Mitglieder aller Fraktionen des Kantonsrats die Umfrageergebnisse und die daraus abgeleiteten Forderungen diskutieren. Details können dem mitgesandten Flyer entnommen werden.

Ansprechpersonen für die Medien:

heute Freitag, 07. September 2018, ab 12 Uhr:

Katrin Meier, Präsidentin VPOD Lehrberufe, 079 572 27 98

Dani Kachel, Präsident SekZH, 076 382 47 55

Christian Hugli, Präsident ZLV, 076 580 70 97